

## DER BERICHT DES WELTKLIMARATS

## Umsteuern ist nötig und möglich

Forscher entwickeln Leitlinien

Obwohl die Fakten seit dem Frühjahr feststehen, ist um die Zusammenfassung des vierten Weltklimaberichts hart gerungen worden. Doch die Botschaft der Forscher ist erhalten geblieben: Beim Klimaschutz ist handeln viel billiger als nichts zu tun.

Von Alexander Mäder

Wie problematisch es sein kann, bereits veröffentlichte Studienergebnisse zusammenzufassen, ließ sich an diesem Wochenende im spanischen Valencia beobachten. Dort hatte der Weltklimarat (IPCC) den vierten und letzten Teil seines diesjährigen Berichts vorgestellt. Fünf Tage lang hatten die Wissenschaftler ihren Entwurf des 23-seitigen Papiers mit Vertretern aller Nationen diskutiert. Am Ende sagte die Leiterin der US-amerikanischen Delegation, Sharon Hays, das Verfahren sei wichtig gewesen, um sicherzustellen, dass der Bericht dem Stand der Wissenschaft entspreche.

Tatsächlich lagen die Fakten aber bereits seit dem Frühjahr auf dem Tisch. So enthält der Abschlussbericht aus wissenschaftlicher Sicht nichts Neues. Brisant ist er dennoch, da nicht alle Formulierungen rein wissenschaftlicher Natur sind. So wird in dem Bericht ausgeführt, dass die Frage, ob der Klimawandel als gefährlich einzustufen sei, nicht von der Wissenschaft beantwortet werden könne. Den Klimaforschern wird nur zugeordnet, die wichtigsten Aspekte des Klimageschehens zu benennen. Damit ist aber nicht gesagt, dass die Politik die Beantwortung der Frage übernimmt und eine Grenze des Tolerierbaren festsetzt. Obwohl sich die USA grundsätzlich dem Klimaschutz verpflichtet fühlen, wehren sie sich zum Beispiel gegen eine solche Festlegung. „Dazu haben wir keine Meinung“, zitiert die „New York Times“ den Berater des Weißen Hauses für Umweltfragen, James Connaughton.

Unter Berufung auf die Umweltschutzorganisation Greenpeace International berichtet die Zeitung auch, dass die US-Delegation versucht haben soll, einen Abschnitt mit dem Titel „Gründe zur Besorgnis“ zu streichen. Darin wird ausgeführt, dass man sich im Vergleich zum letzten Klimabericht vor sechs Jahren sicherer sei, dass schon ein Temperaturanstieg von einem bis zwei Grad „signifikante Risiken“ bringe. Der Klimarat stellt auch klar, dass durch den Klimawandel Dürren und Überschwemmungen zunehmen werden. Vor allem die Entwicklungsländer würden davon betroffen sein.

Bedeutung hat der Abschlussbericht vor allem als Grundlage für die UN-Klimakonferenz in Bali, die am 3. Dezember beginnt. Der Klimarat geht nur in wenigen Sätzen darauf ein: Er bezeichnet die Erfolge des 2012 auslaufenden Kyoto-Abkommens als „beachtenswert“, formuliert aber zurückhaltend, sie könnten „die Basis für künftige Bemühungen



Vier Fünftel der ausgestoßenen Treibhausgase gehen auf die Industrieländer zurück: Im Verkehr wird viel CO<sub>2</sub> freigesetzt; die intensive Viehwirtschaft belastet die Atmosphäre weit stärker mit Methan, als wenn Kühe auf der Weide leben. Und selbst das CO<sub>2</sub> aus der Ölverfeinerung in anderen Ländern schlägt indirekt auf die Bilanz der Industriestaaten, denn die gewonnenen Produkte werden dort benötigt. Fotos AP (2), dpa

bereitstellen“, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Man habe den Verhandlungen nicht vorgreifen wollen, erläuterte der Ökonom Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, der am IPCC-Bericht mitgearbeitet hat. Allerdings gebe die Zusammenfassung eine klare politische Linie vor.

Eine wichtige Botschaft der Zusammenfassung ist Edenhofer zufolge, dass ein ambitionierter Klimaschutz zu volkswirtschaftlich akzeptablen Kosten möglich sei. Im Abschlussbericht wird zudem ausgeführt, dass man sich sehr sicher sei, dass alle denkbaren Klimaschutzziele mit den Techno-

logien erreichbar seien, die schon verfügbar oder in den kommenden Jahrzehnten marktreif würden. Allerdings fügt der IPCC hinzu, dass dies nur gelte, wenn geeignete Anreize für deren Entwicklung und Anwendung geschaffen würden.

Aus wissenschaftlicher Sicht ist die Frage nach der politischen Verantwortung für den Klimawandel hingegen unerheblich. Wichtig war den Forschern nur zu belegen, dass sich die Temperatur weltweit nicht allein durch natürliche Einflüsse, sondern entscheidend durch den Menschen erhöht. In der Zusammenfassung wird aber festgehalten, dass die

CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Jahren zwischen 1970 und 2004 um 80 Prozent gestiegen sind. Damit wird indirekt den Industrienationen die Schuld gegeben. Gleich darauf folgt der Hinweis, dass seit dem Jahr 2000 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilowattstunde Energie ansteige. Das ist vermutlich auf den Bau dreckiger Kraftwerke in den Schwellenländern zurückzuführen. Für den Ökonomen Edenhofer enthalten diese Aussagen aber noch eine weitere Botschaft: „Diese Zahlen belegen, dass wir noch nicht auf dem richtigen Weg sind. Daher sind die Verhandlungen für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen so wichtig.“

## DIE THESEN

## Menschengemacht

Die Daten in der 23 Seiten starken Zusammenfassung des neuen Berichts des Weltklimarates sind im Prinzip nicht neu. Die Gewichtung und die Deutlichkeit der Aussagen, die der Rat mit seinem Dokument macht, dagegen schon.

In dem Papier wird der Klimawandel ausdrücklich dem Tun des Menschen zugeschrieben. Um 0,74 Grad Celsius ist die Temperatur in den vergangenen hundert Jahren gestiegen. Für die nächsten 20 Jahre erwartet der Weltklimarat eine weitere globale Temperaturerhöhung um 0,4 Grad Celsius. Die Temperatur steigt also schneller.

Elf der vergangenen zwölf Jahre (1995 bis 2006) sind unter den zwölf wärmsten Jahren seit die globale Temperatur aufgezeichnet wird. Dies geschieht seit 1850.

Die Temperaturerhöhungen haben ihre Ursache zum weitaus größten Teil in der Emission der Gase Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O). Deren verstärktes Vorkommen in der Atmosphäre ist ursächlich für den Treibhauseffekt, das Aufheizen der Atmosphäre. Die Konzentration von CO<sub>2</sub> und Methan lag 2005 höher als in den vergangenen 650 000 Jahren zuvor. Das bei der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas abgegebene CO<sub>2</sub> ist problematisch. Zwischen 1970 und 2004 stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 80 Prozent, die der anderen menschengemachten Treibhausgase um 70 Prozent.

Ohne einschneidende politische Schritte, sagen die Verfasser, werden die Emissionen in den nächsten Jahrzehnten mit hoher Geschwindigkeit weiter steigen. Der Klimarat zeigt, dass die größten Beiträge zur Lösung des Problems unter anderem aus einer effizienteren Energienutzung zu erwarten sind sowie aus einer Umstellung der Energieversorgung auf Solarenergie, Windenergie, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft. Allerdings ist im Bericht auch die Kernkraft als Möglichkeit der CO<sub>2</sub>-Reduktion aufgezählt.

Der Bericht bezeichnet die Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro und das Kyoto-Protokoll ausdrücklich als Werkzeuge dafür, die Erderwärmung zu bremsen.

Die Kosten für das Reduzieren des Treibhausgasausstoßes, das hohen Ansprüchen genügt, bis zum Jahr 2030 würden das globale Wirtschaftswachstum um höchstens jährlich 0,12 Prozentpunkte mindern.

Die Fachleute warnen vor „abrupten und unumkehrbaren“ Folgen: Hitzewellen, Dürren, Monsterstürme, massive Niederschläge, ein Abschmelzen der Polkappen und Gletscher, Fluten und ein steigender Meeresspiegel. Die Experten befürchten Hungersnöte und einen katastrophalen Mangel an Trinkwasser. Klimastress könnte ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten ausgelöscht werden. Die Menschen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen wie die Afrikaner, würden besonders hart getroffen.

■ Bericht auf Englisch unter [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)

## Uran für Iran aus Europa?

Ahmadinedschad erwägt Anreicherung in neutralem Land

RIAD/ZÜRICH (AP). Im stetig eskalierenden Streit über die Urananreicherung im Iran hat der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad gestern ein Entspannungssignal gesendet: Im Gespräch mit der Wirtschaftsrichtigenagentur Dow Jones Newsires griff er einen Vorschlag des arabischen Golfkooperationsrats (GCC) auf. Der Rat schlug vor, Uran für Atomprogramme für die gesamte Region in einem neutralen Land, etwa der Schweiz, anreichern zu lassen. Die schweizerische Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey hatte zudem die Bereitschaft erklärt, direkte Gespräche zwischen den USA und dem Iran zu vermitteln.

Ahmadinedschad sagte am Rande einer Opec-Konferenz in Riad, Teheran werde mit seinen arabischen Freunden über den GCC-Vorschlag sprechen. Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal war mit den

Worten zitiert worden, der Atombrennstoff sollte in einem neutralen Land produziert werden, „zum Beispiel der Schweiz“. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hatte zuvor den Willen Deutschlands erklärt, im Atomkonflikt mit dem Iran den Druck auf die Führung in Teheran zu erhöhen. Steinmeier sagte zum jüngsten Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die Bundesregierung werde für eine geschlossene Haltung im Welt Sicherheitsrat werben.

Die iranische Regierung bezeichnete diesen Bericht indes als Erfolg: Er zeige, dass Strafmaßnahmen gegen Teheran keine rechtliche Grundlage hätten, sagte der Außenamtssprecher Mohammed Ali Hosseini. Die IAEA hatte Teheran bescheinigt, in der Vergangenheit im Allgemeinen die Wahrheit über die wichtigsten Aspekte seines Atomprogramms mitgeteilt zu haben.

## Afghanistan: Schüsse auf Schulkinder

KANDAHAR/BAGHLANI-DSCHADID (dpa/AP). Radikal-islamische Taliban-Kämpfer haben im Süden Afghanistans nach Polizeiangaben fünf Polizisten hingerichtet. Die verstümmelten Leichen der Polizisten wurden am Sonntag von Bäumen hängend in der Provinz Uruzgan aufgefunden, berichtete ein Polizeisprecher am Sonntag. Sie seien zuvor gefoltert worden, hieß es weiter. Bei Anschlügen und Gefechten starben in dem Land am Wochenende mindestens 45 Menschen.

Unterdessen ist ein interner UN-Bericht bekanntgeworden, der die Leibwächter von afghanischen Abgeordneten schwer beschuldigt: Sie hätten bei dem Selbstmordanschlag Anfang des Monats in der nordafghanischen Provinz Baghlan zwei Drittel der 77 Opfer mit ihren Schüssen getötet. Die Leibwächter hätten nach der Bombenexplosion bis zu fünf Minuten in die Menge geschossen, die überwiegend aus Schulkindern bestand.

## Belgier fordern Einheit

35 000 Menschen demonstrieren gegen drohende Spaltung

BRÜSSEL (hez). 20 000 Menschen haben nach Angaben der Polizei am gestrigen Sonntag in Brüssel für den Erhalt und die Einheit des Königreichs Belgien demonstriert. Die Lütticher Beamtin Marie-Claire Houard hatte zu der Veranstaltung im EU-Viertel der belgischen Hauptstadt aufgerufen; sie hatte zuvor auch schon eine Petition eingereicht, die von 140 000 Bürgern unterzeichnet worden ist.

Die Demonstranten, viele in belgische Flaggen gehüllt, versammelten sich in einem Park und sangen die Nationalhymne. Redner forderten die belgischen Politiker auf, ihren Streit beizulegen und endlich eine Regierung zu bilden. Seit der Wahl am 10. Juni dieses Jahres ist Belgien ohne Regierung, weil sich die Parteien nicht über die Frage größerer Autonomie für die flämische und die wallonische Region einig werden. Viele Familien mit Kindern liefen in dem „Marsch für Belgien“

mit. Auffallend war aber, dass die Teilnehmer fast alle frankophon waren, auch die Slogans erklangen größtenteils in Französisch. „Union fait la force“, zu Deutsch: Zusammen sind wir stark, lautete eines der vielen Transparente, die die Demonstranten mit sich trugen. Marie-Claire Houard sagte: „Unser Land ist zu klein, um noch einmal aufgeteilt zu werden. Vor allem im heutigen Europa der 27 EU-Mitgliedsstaaten würden wir uns völlig marginalisieren.“

Nach Informationen der flämischen Wirtschaftszeitung „De Tijd“ soll der von König Albert II. mit der Regierungsbildung beauftragte flämische Christdemokrat Yves Leterme mit seinen Versuchen zur Regierungsbildung einen Schritt weitergekommen sein. Ob dem wirklich so ist, muss sich noch zeigen. Viele Flamen favorisieren jedenfalls eine unabhängige Republik Flandern.

## Fast alle Serben bleiben zuhause, viele Albaner auch

Bei der Parlamentswahl im Kosovo zeigen sich exemplarisch Frust und Enttäuschung in beiden Bevölkerungsgruppen

Wie erwartet hat der Oppositionschef Hashim Thaci der im Kosovo regierenden Partei LDK eine Schlappe zugefügt. Der Exrebellenchef will bald sein altes Ziel umsetzen: die abtrünnige Provinz in die Unabhängigkeit zu führen. Die Serben im Kosovo waren ihm schon jetzt behilflich.

Von Thomas Roser, Pristina

Lächelnd bahnte sich Hashim Thaci im Blitzlichtgewitter der Fotografen in der Nacht zu Sonntag den Weg aufs Podium, wo er sich seinen jubelnden Anhängern stellte. Von einem „historischen Tag“ für den Kosovo sprach der bisherige Oppositionschef, der die von Serbien weststrebende Provinz als Premier rasch in die ersehnte Eigenstaatlichkeit führen will. „Eine neue Ära“ habe begonnen, sagte der Spitzenkandidat der siegreichen Demokratischen Partei (DPK) und kündigte eine rasche Unabhängigkeitserklärung nach dem Ende der laufenden Kosovoverhandlungen am 10. Dezember an: Mit der Wahl hätten seine Landsleute der Welt die Botschaft gesandt, dass Kosovo als „demokratisches Land in die europäische Familie eintreten kann“.

Die auf der internationalen Bühne üblichen Worthülsen kommen dem vermutlich letzten Regierungschef eines offiziell noch zu Serbien zählenden Kosovo schon lange problemlos über die Lippen. Philosophie und Geschichte hatte Thaci einst studiert, bevor er Anfang der neunziger Jahre in die Schweiz emigrierte. Im Exil stieg er zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten innerhalb der albanischen Befreiungsbewegung für den Kosovo auf. Unter dem Kampfernamen „Schlange“ bereitete er den Aufbau und die Finanzierung der Befreiungsarmee UCK vor. Als Nato-Truppen 1999 in den Kosovo einmarschierten, begrüßte sie der UCK-Chef als selbst ernannter Premier des Kosovo.

Mit achtjähriger Verspätung haben die Wähler ihm nun tatsächlich das Mandat erteilt: Dank Zugewinnen von mehr als sechs Prozent ist seine DPK mit rund 35 Prozent künftig stärkste politische Kraft im Kosovo. Begeisterung darüber kommt im serbischen Norden der Provinz keine auf. „Die albanischen Kriegsverbrecher sitzen in der Regierung – und serbische Patrioten im Gefängnis des UN-Tribunals in Den Haag“, schnaubt Mica Jovanovic auf dem Markt der geteilten Stadt Mitrovica. Drüben im albanischen Sü-

den der Stadt habe er eine leere Wohnung, doch wage er sich nicht mehr dorthin: „Das wäre lebensgefährlich.“ Die Wahlen seien illegal, erklärt der 55-Jährige, der wie fast alle Kosovo-Serben den Aufruf der serbischen Regierung zum Wahlboykott befolgte. Wenn er unbedingt wolle, könne der finnische UN-Vermittler Martti Ahtisaari ja 15 Prozent des Territoriums von Finnland an die Albaner abtreten: „Aber der Kosovo wird nie selbstständig, er ist und bleibt für immer serbisch.“ Es könne einen neuen Krieg und ein Erstarren der nationalistischen Kräfte auf beiden Seiten geben, falls die Kosovo-Albaner die Unabhängigkeit durchsetzten, warnt auch Oliver Ivanovic, einer der eher liberaleren Führer der Kosovo-Serben: „Wir müssen einen anderen Autonomiekompromiss finden.“

Und so wartet der Fahrer eines mobilen Wahllokals der OECD im serbischen Ort Leposovic vergeblich auf Kundschaft. Leider habe er vergessen, ein gutes Buch mitzubringen, seufzt er. Von 606 registrierten Wählern sei drei Stunden vor Abfahrt noch kein einziger aufgekreuzt, im Nachbarort habe immerhin ein Lehrer sein Kreuz gemacht: „Viele haben wohl Angst, dass sie nach einer Stimmabgabe bedroht werden könnten.“

Mehr Andrang herrschte am Samstagmorgen vor dem Wahllokal 1903 in der Hauptstadt Pristina, wo Hashim Thaci seine Stimme abgab. Er gehe wählen, weil er die Zukunft des Landes mitgestalten wolle, erzählte in seinem Windschatten ein schwächlicher Familienvater. Doch die Mehrheit auch der Kosovo-Albaner blieb an diesem eisigen Wahltag zuhause: Mit 45 Prozent sackte die Wahlbeteiligung auf einen neuen Tiefstand. Dies erklärten Beobachter weniger mit der nach wie vor ungelösten Statusfrage des Kosovo als mit den miserablen Lebensbedingungen in der verarmten Provinz.

Die Regierung leistete sich einen Fuhrpark mit 1300 Autos, während der Durchschnittsbürger mit 93 Euro-Cent am Tag über die Runden kommen müssten, ärgert sich der Elektrotechnikstudent Arbenor. An die versprochene Unabhängigkeit mag der linke Aktivist nicht mehr glauben: „Sie haben das oft gesagt, uns immer wieder belogen: die Großmächte wollen das nicht.“ Wenn aber dem Kosovo erneut die Souveränität versagt werde, würden in Pristina bald die „UN-Jeeps brennen“, droht der 22-Jährige: „Wir werden die Funktionäre der UN-Verwaltung an ihren Krawatten aus den Büros ziehen.“



Wahlsieger Thaci wird den Kosovo wohl schon bald für unabhängig erklären. Foto dpa